evangelisch.de
Mehr als du glaubst

Evangelische Kirche kritisiert Festsetzung der "Sea-Watch 4"

Seenotretter protestieren gegen Blockade

epd/Thomas Lohnes Das deutsche Rettungsschiff "Sea-Watch 4" im Hafen von Palermo.

20.09.2020 epd

Zum wiederholten Mal sitzt ein Seenotrettungsschiff in Italien fest: Die deutsche "Sea-Watch 4" darf Palermo nicht verlassen, nachdem Inspektoren Sicherheitsmängel moniert haben. Die EKD kritisiert die Maßnahme.

Die evangelische Kirche kritisiert die Festsetzung des deutschen Seenotrettungsschiffs "Sea-Watch 4" in Palermo als humanitäres Armutszeugnis. Die Maßnahme diene offenkundig der konsequenten Verhinderung von Rettungsoperationen im Mittelmeer,

sagte der Vorsitzende der Kammer für Migration und Integration der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Rekowksi, am Sonntag dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Düsseldorf.

"Das Seenotrettungsschiff, das alle Sicherheitsvorgaben erfüllt, soll an der Durchführung der nach wie vor notwendigen Rettungsaktionen im Mittelmeer gehindert werden", rügte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. "Das ist ein humanitäres Armutszeugnis und widerspricht den Werten, für die die EU einst den Friedensnobelpreis bekam."

Suche "nach der Nadel im Heuhaufen"

Nach einer Inspektion der italienischen Hafenkontrolle ist die "Sea-Watch 4" in Palermo festgesetzt worden. "Elf Stunden lang suchten die Inspektoren nach der Nadel im Heuhaufen - und fanden einmal mehr absurde Gründe, um uns festzusetzen", erklärte die Organisation Sea-Watch in der Nacht zum Sonntag auf Twitter. Das ehemalige Forschungsschiff "Sea-Watch 4" wurde vom Bündnis "United4Rescue" finanziert, das von der EKD initiiert wurde.

● ÜBERRASCHUNG: Die #SeaWatch4 wurde festgesetzt! 11 Stunden lang suchten die Inspektoren nach der Nadel im Heuhaufen - und fanden einmal mehr absurde Gründe, um uns festzusetzen. Mit dieser willkürlichen Blockade setzt die @guardiacostiera bewusst Menschenleben aufs Spiel! https://t.co/fTUZ0Qt3cU

Die "Sea-Watch 4" war im August zu ihrem ersten Einsatz im Mittelmeer aufgebrochen und hatte mehr als 350 Menschen gerettet. Die Flüchtlinge hatten Anfang September - nach tagelangem Warten auf einen sicheren Hafen - das Schiff verlassen dürfen, die Crew blieb in zweiwöchiger Quarantäne vor Palermo an Bord.

"Fadenscheinige Begründungen"

Die "fadenscheinigen Begründungen" bei der Kontrolle hätten erneut gezeigt, dass es sich nicht um eine Überprüfung der Schiffssicherheit handele, sondern um ein Verhindern ziviler Seenotrettung im zentralen Mittelmeer, erklärte Sea-Watch gemeinsam dem Partner "Ärzte ohne Grenzen", der an Bord medizinische Hilfe leistete, und dem Unterstützerbündnis "United4Rescue". Der Hauptvorwurf der italienischen Inspekteure laute, die Rettung von Menschenleben entspreche nicht der Registrierung des Schiffes. Die "Sea-Watch 4" habe zu viele Rettungswesten an Bord und das Abwassersystem sei nicht für die Anzahl der geretteten Personen ausgelegt.

"Dass Seenotrettung als akute Nothilfe für alle Schiffe verpflichtend ist, wird außer Acht gelassen", protestierten die Betreiber. Das Schiff erfülle alle Sicherheitsvorgaben des deutschen Flaggenstaates, wie die deutschen Behörden erst im Juli bestätigt hätten. Die "Sea-Watch 4" sei nun bereits das fünfte zivile Rettungsschiff, das binnen fünf Monaten von Italien an der Rückkehr in den Einsatz gehindert worden sei. "Diese Inspektionen sind politisch motiviert und dienen allein dem Zweck, Rettungsoperationen zu verhindern." Auch die "Sea-Watch 3" der Hilfsorganisation war in diesem Jahr in Italien festgesetzt worden.

Die "Alan Kurdi" der Regensburger Hilfsorganisation Sea-Eye nahm unterdessen in drei Rettungsaktionen 133 Menschen auf. Keine Behörde habe zunächst auf Anfragen des Kapitäns reagiert, erklärte Sea-Eye am Sonntag. Sea-Eye-Vorsitzender Gorden Isler sagte: "Für die Flüchtlinge im Mittelmeer fühlt sich niemand mehr zuständig. Sie werden den Libyern oder dem Meer ausgeliefert." Es war der erste Einsatz der "Alan Kurdi" nach vier Monaten Pause, nachdem auch dieses Schiff von den italienischen Behörden wegen angeblich technischer Mängel festgesetzt worden war.